

Nürnberg, 30.07.2021

Pressemitteilung

Susanne G.: Allianz gegen Rechtsextremismus fordert weitere Ermittlungen

„Der Fall Susanne G. ist erschreckend. Er zeigt, dass auch nach den NSU-Morden, Halle, Hanau, dem Mord an Walter Lübcke ... rechte Terroranschläge und deren Planung immer und überall möglich sind – auch in der Metropolregion Nürnberg.

Susanne G. muss als das gesehen werden, was sie ist: Eine Rechtsextremistin mit besten Kontakten in die bundesdeutsche Neonazi-Szene. Sie darf deshalb nicht als bloße Einzeltäterin abgestempelt werden. Das wäre falsch und würde den Fall kleinreden. Es gilt, alle Mitwisser*innen und Helfer*innen ebenso in die weiteren Ermittlungen miteinzubeziehen und die dahinterstehenden Netzwerke zu zerschlagen. Gerichte, Staatsanwaltschaften und Ordnungsbehörden müssen in diesen Fällen ihrer Verantwortung gerecht werden und unsere Demokratie gegen Angriffe von Rechts verteidigen.

Es ist ein positives Zeichen, dass die Rechtsextremistin nun zu einer mehrjährigen – wenn auch zu geringen – Haftstrafe verurteilt wurde. Der Fall Susanne G. ist damit keinesfalls abgeschlossen“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der *Allianz*.

Abschließend stellt er fest: „Die Bedrohungen von Politiker*innen und der Zivilgesellschaft, müssen endlich auf das Schärfste verfolgt werden. Dazu gehört auch, die Verfasser*innen der Feindes- und Todeslisten zu ermitteln und zu verurteilen.“

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de